



Die Stadtverordnetenversammlung

Der Stadtverordnetenvorsteher

Niederschrift

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

Sitzungstermin:	Dienstag, 21.06.2016, 20:00 Uhr
Raum, Ort:	Bürgerhaus Bönstadt
Sitzungsbeginn:	20:00 Uhr
Sitzungsende:	22:30 Uhr

Anwesenheit

Anwesende:

Vorsitz

Herr Lutz Sierach - SPD

Mitglieder

Herr Wolfgang Bott - LINKE

Herr Gerhard Einhoff - CDU

Herr Roland Gosebruch - FDP

Herr Michael Hahn - CDU

Herr Christian Heyer - FDP

Herr Florian Hoinkis - SPD

Herr Heinz Kimmel - SPD

Herr Stefan Koschorr - SPD

Herr Rolf Lamade - LINKE

Frau Waltraud Lang - SPD

Frau Silke Merz - CDU

Frau Stephanie Michel - CDU

Herr Markus Nikleniewicz - GRÜNE

Herr Florian Porth - CDU

Herr Claus Schreitz - CDU

Herr Philipp Seuss - GRÜNE
Frau Ariane Streicher - SPD
Frau Jutta Tarant - SPD
Frau Ute Brinkmann - SPD
Frau Ursula Einhoff - CDU
Herr Torsten Hahn - CDU
Herr Heiko Meiß - SPD
Herr Christian Osmalz - SPD
Herr Achim Saßmannshausen - SPD
Herr Dirk Schneider - FDP
Herr Oliver Seuss - GRÜNE
Frau Christiane Sierach - SPD
Frau Elke Steppan - SPD
Herr Karl Vollmar - SPD

Beratende Mitglieder

Herr Bernhard Hertel -
Herr Volker Dreis - FDP
Herr Wernfried Fürtig - SPD
Herr Kurt Meisinger - CDU
Herr Andreas Momberger - SPD
Herr Herbert Porth - CDU

Entschuldigte:

Mitglieder

Herr Stefan Schaub - CDU entschuldigt

Beratende Mitglieder

Herr Erhard Reiter - SPD entschuldigt

Tagesordnung

- 1 Mitteilungen
- 2 Ehrungen;
a) Ernennung zu Stadtältesten
b) Ehrung der ausgeschiedenen Stadtverordnete und Magistratsmitglieder
- 3 Jahresabschlüsse 2009 ff.;
Vorlage eines Sachstandsberichtes
- 4 Unterbringung von Flüchtlingen;
Vorlage eines Sachstandsberichtes
- 5 Bebauungsplan B 10 "Am Mühlbach" Stadtteil Bönstadt, 1.Änderung: Empfehlung zum Aufstellungsbeschluss gem. §2 (1) BauGB
- 6 Beschluss von außerplanmäßigen Auszahlungen
- 7 Haushaltswirtschaft der Stadt Niddatal;
Beschluss über die Verwendung der KIP-Mittel
- 8 gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke;
Neubewertung der Kreuzung B 45/ Burg-Gräfenröder-Straße
- 9 gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke;
Maßnahmen im Zuge der Sperrung der Landstraße zwischen Karben und Nidderau
- 10 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen;
Veröffentlichung von Sitzungsterminen
- 11 Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen;
Vorlage der Niederschrift gem § 28 der Geschäftsordnung
- 12 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen;
Einrichtung einer Frauenbeauftragten
- 13 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen;
Verlängerung der Redezeit
- 14 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen;
Visionäre Entwicklungsstudie der Stadt Niddatal
- 15 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen;
Homepage der Stadt Niddatal
- 16 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen;
laufende Kosten wegen Nichtvorhandensein von Flüchtlingen

- 17 Anfrage der Fraktion Bündnis 90 /Die Grünen;
Bepflanzung "Auf dem Schorn", Bönstadt

- 18 gemeinsame Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke;
Zeitplan Haushalt 2017

Niederschrift

1 .	Mitteilungen
------------	---------------------

Bürgermeister Dr. Hertel macht die folgenden Mitteilungen:

Haushaltsgenehmigung 2016

Mit Schreiben vom 10.06.2016 erteilt uns der Landrat des Wetteraukreises die aufsichtsbehördliche Genehmigung für die genehmigungspflichtigen Festsetzungen der Haushaltssatzung der Stadt Niddatal für das Haushaltsjahr 2016.

Die Haushaltsgenehmigung wird der Stadtverordnetenversammlung sowie den Mitgliedern des Magistrates in Kopie zur Kenntnis vorgelegt.

Nachrichtlich

Ebenfalls mit Schreiben vom 10.06.2016 erteilt uns der Landrat des Wetteraukreises die aufsichtsbehördliche Genehmigung für den Wirtschaftsplan der Stadtwerke. Die Genehmigung erfolgt ohne Auflagen

Mobile Geschwindigkeitsmessungen

Im Rahmen der Neuordnung der Geschwindigkeitsüberwachung im Ordnungsbehördenbezirk soll diese Leistung neu ausgeschrieben werden. Der Ausschreibung vorgeschaltet wird ein Interessenbekundungsverfahren.

Mit einem Ergebnis ist bis September zu rechnen.

Tag der offenen Tür

Am 09.07.2016 findet auf dem Gelände der Kläranlage des Abwasserverbandes Assenheim – Bruchenbrücken in Niddatal/Assenheim in der Zeit von 10:00 – bis 14:00 Uhr ein Tag der offenen Tür statt.

Hierzu sind alle Interessierten recht herzlich eingeladen.

Insbesondere wird die seit Oktober/November 2015 in Betrieb gegangene Klärschlammvererdung vorgestellt.

Dorferneuerung; Altes Amtshaus

Mit Schreiben vom 16.07.2015 hat der Magistrat der Stadt einen Förderantrag bei der „Deutsche Stiftung Denkmalschutz“ bezüglich der Sanierung des „Alten Amtshauses“ in Niddatal/Kaichen gestellt.

Mit Schreiben vom 07.03.2016 teilte uns die Stiftung mit, dass das Projekt durchaus interessant erscheint, es dennoch aber auf Grund der Vielzahl der Anträge derzeit nicht gefördert werden kann.

Wir wurden aber dazu aufgefordert uns bis spätestens Juni nochmals bei der Stiftung zu melden.

Nach Rücksprache mit Frau Dr. Gehrman Anfang Juni stellt sich der Sachverhalt nunmehr wie folgt dar:

Erst Ende Juni weiß Frau Gehrman ob aus den zur Verfügung stehenden Mitteln des Jahres noch Restmittel verbleiben. Über die Verwendung dieser Mittel wird dann im Juli entschieden.

Sollten wir mit der Umsetzung des Projektes bereits in 2016 begonnen haben, rät sie uns die Maßnahme nach einzelnen Gewerken aufzuteilen.

Für die Gewerke die erst in 2017 begonnen werden, müssen die Anträge bis Ende August 2016 gestellt werden.

2 .	Ehrungen; a) Ernennung zu Stadtältesten b) Ehrung der ausgeschiedenen Stadtverordnete und Magistratsmitglieder
------------	---

Stadtverordnetenvorsteher Lutz Sierach beginnt seine Ausführungen damit, dass es ihm große Freude bereite, die Herren Reinhard Schwarz, Hans-Joachim Mücke und Dieter Eisenberg für die jahrzehntelange Tätigkeit im Stadtparlament mit dem Titel „Stadtältester“ auszuzeichnen.

Mit Worten des Dankes und Anerkennung für das verdienstvolle Engagement der drei Herren in verschiedenen Gremien würdigt der Stadtverordnetenvorsteher auch den unermüdlichen Einsatz in der Wahrnehmung ihrer vielfältigen Tätigkeiten. Dieser Dank der Stadt Niddatal gilt auch den Familien der drei Geehrten, die auf viele gemeinsame Zeiten mit ihnen verzichten mussten, wenn sie in ihrer Freizeit ehrenamtliche Aufgaben wahrgenommen haben.

Hierfür wird den drei Geehrten jeweils die Urkunde der Stadt Niddatal für eine mehr als zwanzigjährige Tätigkeit als Stadtverordneter in Anerkennung und Würdigung ihrer Verdienste um die Stadt Niddatal mit der Ehrenbezeichnung „Stadtältester“ überreicht. Bürgermeister Dr. Hertel schließt sich den Glückwünschen an, würdigt ebenfalls in anerkennenden Worten die Verdienste und überreicht den Geehrten ein Präsent.

Es erfolgen Glückwünsche aller Fraktionsvorsitzenden.

Bevor der Stadtverordnetenvorsteher zum nächsten Punkt übergeht teilt er mit, dass im Ältestenrat besprochen wurde, dass Herr Hans-Peter Wittmann, dem ebenfalls die Ehrenbezeichnung „Stadtältester“ verliehen bekommen soll, in einer späteren Stadtverordnetenversammlung geehrt werden soll. Hans-Peter Wittmann war bis zu seinem Ausscheiden vor einigen Wochen insgesamt 35 Jahre hier als Stadtverordneter tätig, davon als Stadtverordnetenvorsteher seit dem 26.04.2011. In dieser langen Zeit war er aktives Mitglied in verschiedenen Ausschüssen, zuletzt im Bauausschuss und in der Betriebskommission der Stadtwerke.

Stadtverordnetenvorsteher Lutz Sierach möchte seinen Dank und Anerkennung für die geleisteten Dienste Herrn Wittmann in einer der kommenden Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung aussprechen, dann, wenn er soweit von seiner Krankheit genesen ist, dass er an einer solchen Ehrung auch teilnehmen kann.

Die langjährige Schriftführerin, Frau Hannelore Gunkel, konnte wegen einer Terminüberschneidung an der heutigen Sitzung den Dank des Stadtparlamentes nicht entg-

gen nehmen. Es besteht Einigkeit, dass dies zusammen mit der Ehrung von Herrn-Wittmann geschehen soll.

Als nächstes bedankt sich der Stadtverordnetenvorsteher bei den ausgeschiedenen Stadtverordneten für die geleistete Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Niddatal. Leider haben einige „Ehemalige“ sich für diesen Abend entschuldigt, anwesend sind Frau Barbara Feige und Frau Heidrun Raff, die als Erinnerungsgeschenk die Wappenkachel der Stadt Niddatal überreicht bekommen.

Abschließend bedankt sich Bürgermeister Dr. Hertel bei den ausgeschiedenen Magistratsmitglieder Arno Menk, Ursula Einhoff und Renate Fritz-Mann für die kollegiale und angenehme Zusammenarbeit im Magistrat und überreicht zur Erinnerung jedem ein Präsent.

3 .	Jahresabschlüsse 2009 ff.; Vorlage eines Sachstandsberichtes
------------	---

Beratung:

Bürgermeister Dr. Hertel legt der Stadtverordnetenversammlung und dem Magistrat den Sachstandsbericht vor.

Da keine Wortmeldungen vorliegen kann wie in der Vorlage vorgeschlagen verfahren werden.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung überweist den Sachstandsbericht zu den Jahresabschlüssen 2009 ff. zur weiteren Beratung und ggf. Beschlussempfehlung in den Haupt- und Finanzausschuss.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig (30)

4 .	Unterbringung von Flüchtlingen; Vorlage eines Sachstandsberichtes
------------	--

Beratung:

Bürgermeister Dr. Hertel legt der Stadtverordnetenversammlung und dem Magistrat den Sachstandsbericht vor.

Da keine Wortmeldungen vorliegen kann wie in der Vorlage vorgeschlagen verfahren werden.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung überweist den vorgelegten Sachstandsbericht zur Flüchtlingsunterbringung zur weiteren gemeinsamen Beratung in den Haupt- und Finanzausschuss mit dem Sozialausschuss.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig (30)

5 .	Bebauungsplan B 10 "Am Mühlbach" Stadtteil Bönstadt, 1.Änderung: Empfehlung zum Aufstellungsbeschluss gem. §2 (1) BauGB
------------	--

Beratung:

Ausschussvorsitzender Christian Osmalz berichtet über die Beratungen im Fachausschuss. Zu diesem Beratungspunkt war der Fachplaner anwesend, der die Fragen der Ausschussmitglieder beantworten konnte. Aus dem Ausschuss erging nach namentlicher Abstimmung eine Beschlussempfehlung an die Stadtverordnetenversammlung. Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme.

Stadtverordneter Oliver Seuss äußert Bedenken hinsichtlich der Sachlichen Darstellung in der Beschlussvorlage. Hinsichtlich des Aufstellungsbeschlusses hat die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen keine Einwände, da es ja der erste Schritt zur Einleitung eines planungsrechtlichen Verfahrens ist.

Bürgermeister Dr. Hertel trägt vor, dass die sachliche Darstellung dazu gedient habe, die Gründe, die zur 1. Änderung des Bebauungsplanes geführt haben, zu verdeutlichen.

Genau das fehlt nach Meinung von Stadtverordneten Seuss in der sachlichen Darstellung. Es hätte seiner Ansicht nach der Satz „Aufgrund von Erdbewegungen ist die vorliegende Änderung des Bebauungsplanes notwendig geworden“ genügt.

Nach teilweise kontrovers geführter Diskussion stellt Stadtverordneter Oliver Seuss den nachfolgenden Antrag:

„In der Sachlichen Darstellung der Beschlussvorlage wird folgende Ergänzung eingefügt: Aufgrund von Erdbewegungen ist die vorliegende Änderung des Bebauungsplanes notwendig geworden.“

Bürgermeister Dr. Hertel sieht in der Änderung einer sachlichen Darstellung in einer Beschlussvorlage kein wirksames Mittel, da ja lediglich eine Textpassage verändert wird, wird hingegen im Beschluss dies ausgedrückt, dann hat es eine verbindlichere Wirkung. Von Seiten des Magistrates hat er keine Einwände, dies in der Beschlussfassung entsprechend zu ergänzen.

Stadtverordnetenvorsteher Lutz Sierach lässt sodann über den folgenden ergänzten Beschlussvorschlag abstimmen:

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Aufstellung des Bebauungsplanes B 10 „Am Mühlbach“, 1. Änderung. Aufgrund von Erdbewegungen ist die Änderung des Bebauungsplanes notwendig geworden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen
28

Nein-Stimmen

Enthaltungen
2

6 . **Beschluss von außerplanmäßigen Auszahlungen**

Beratung:

Stadtverordnetenvorsteher Lutz Sierach verweist auf die Vorlage.

Bürgermeister Dr. Hertel teilt mit, dass es jetzt durch die nun vorliegende Haushalts-genehmigung des Landrats keine außerplanmäßigen Auszahlungen mehr sind son- dern überplanmäßige Auszahlungen.

Stadtverordneter Markus Nikleniewicz bittet darum, dass eine Flurkarte nachgereicht wird.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt für die Auszahlung von Minderzutei- lungen aus dem vereinfachten Umlegungsverfahren „Auf dem Auloch“ im Stadtteil Ilbenstadt überplanmäßige Auszahlungen in Höhe von 25.226,40 €.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
29	-	1

7 . **Haushaltswirtschaft der Stadt Niddatal; Beschluss über die Verwendung der KIP-Mittel**

Beratung:

Ausschussvorsitzender Christian Osmalz berichtet von den Beratungen in der ge- meinsamen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses mit dem Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt und Bauwesen.

Stadtverordneter Achim Saßmannshausen bezieht sich auf den im Doppelausschuss gefassten Begleitbeschluss, wonach die Sanierung des Brunnenplatzes nicht in das KIP-Programm aufgenommen wird, wenn dafür belastbare Planungen vorliegen und dass für die Finanzierung die notwendigen Mitteln im Haushalt durch Verschiebung (Rampe – Brunnenplatz) bereitgestellt werden können. Diese Mittel sind dann für die Sanierung/Gestaltung des Brunnenplatzes zu verwenden.

Herr Saßmannshausen beantragt für die SPD-Fraktion, dass die Umgestaltung des Brunnenplatzes in dem KIP-Programm aufgenommen werden soll statt der vorgese- henen Errichtung der Rampe. Für die Errichtung der Rampe stehen Haushaltsmittel im Haushalt, dieser ist vom Landrat genehmigt. Es stehe der Realisierung des Bau- vorhabens nichts entgegen. Die Beantragung der KIP-Mittel für die Neugestaltung des Brunnenplatzes hat nach Beratung in der SPD-Fraktion eine so hohe Priorität bekommen, dass jetzt anders als im Begleitbeschluss dieser Weg angestrebt wird. Das löst eine intensive und kontroverse Diskussion aus.

Sowohl Gerhard Einhoff für die CDU-Fraktion als auch Markus Nikleniewicz für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen drücken ihr Unverständnis aus und bleiben bei dem Beratungsergebnis aus dem Fachausschuss.

Stadtverordnetenvorsteher Lutz Sierach lässt sodann über den Antrag der SPD- Fraktion abstimmen.

Dieser lautete: „Bei der Verwendung der Landesmittel des KIP-Programmes werden die vorgesehenen 70.000 € für die Rampe gestrichen und dafür 70.000 € für die Neugestaltung des Brunnenplatzes eingesetzt. Für die Errichtung der Rampe sind Mittel im Haushalt bereits vorgesehen.“

Abstimmung:

Für den Antrag	16
Gegen den Antrag	14
Enthaltungen	-

Zu den Bundesmitteln stellt Fraktionsvorsitzender Gerhard Einhoff im Hinblick auf die eingeräumte Fristverlängerung den nachfolgenden Antrag:

„Die Verwendung der Bundesmittel werden vertagt und das Thema zwecks Beratung und Beschlussempfehlung an den Haupt- und Finanzausschuss und dem Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt und Bauwesen zurücküberwiesen.“

Die Abstimmung erfolgt einstimmig.

Sodann lässt Stadtverordnetenvorsteher Lutz Sierach über den folgenden Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Verwendung der Mittel aus dem KIP-Programm für folgende Maßnahmen:

Mittel aus dem Landesprogramm:	244.620 €
Anschaffung von Hardware	40.000 €
Gestaltung Brunnenplatz	70.000 €
Straßenreparaturen	134.620 €

Der Magistrat wird ermächtigt, die Priorisierung der einzelnen Straßenreparaturmaßnahmen vorzunehmen, wobei der behindertengerechte Umbau an der Ampelanlage in der Ortslage Kaichen auf jeden Fall durchzuführen ist.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	18
Nein-Stimmen	3
Enthaltungen	9

8 .	gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke; Neubewertung der Kreuzung B 45/ Burg-Gräfenröder-Straße
------------	--

Beratung:

Fraktionsvorsitzender Achim Saßmannshausen begründet den vorliegenden Antrag damit, dass sich in der jüngsten Zeit an dieser Kreuzung ein schwerer Unfall zwischen einem Fußgänger und einem Radfahrer ereignet hat. Die bisherige Einschätzung von Hessenmobil war, dass aufgrund der geringen Unfallzahlen Maßnahmen an dieser Kreuzung nicht abzuleiten seien. Aus Sicht der SPD und der Fraktion Die Linke hat sich die Situation geändert.

Nach kurzer Diskussion lässt Stadtverordnetenvorsteher Lutz Sierach über den Antrag abstimmen.

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, mit Hessenmobil über die Bewertung der Kreuzung B45/Burg-Gräfenröder-Straße neu zu diskutieren. Ziel muss es sein, diese Kreuzung zu entschärfen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	26
Nein-Stimmen	-
Enthaltungen	4

9 .	gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke; Maßnahmen im Zuge der Sperrung der Landstraße zwischen Karben und Nidderau
------------	---

Beratung:

Fraktionsvorsitzender Achim Saßmannshausen begründet den vorliegenden Antrag damit, dass nach Eröffnung der Nordumgehung in Karben die Landstraße zwischen Karben und Nidderau gesperrt und komplett erneuert wird. Hierzu wird eine Umleitung erforderlich sein. Sollte diese Umleitung durch Ilbenstadt führen, erscheint uns die Kreuzung B 45 / Burg-Gräfenröder-Straße überlastet. Zudem bietet die Verkehrsführung durch das neue Mischgebiet eine Entlastung für die Anreiner.

Fraktionsvorsitzender Gerhard Einhoff schlägt vor, dass man auch über eine Ampelkreuzung nachdenken sollte wenn sich die Umgehung nicht realisieren sollte.

Herr Saßmannshausen stimmt diesem Gedanken zu und signalisiert Bereitschaft, dies in dem Antrag entsprechend aufzunehmen.

Stadtverordnetenvorsteher Lutz Sierach lässt sodann über den erweiterten Antrag abstimmen.

Beschluss:

Der Magistrat soll bei Hessenmobil erfragen, wo die Umleitung für die Sperrung der Landstraße zwischen Karben und Nidderau im Anschluss an die Eröffnung der Nordumgehung Karben ausgeschildert werden soll.

Sollte die Umgehung durch Ilbenstadt führen sind die Kosten zu ermitteln, die für eine vorzeitige Nutzung der Verbindungsstraße zwischen der B45 und der Burg-Gräfenröder-Straße (Netto bis TK-Solar) durch das Mischgebiet in Ilbenstadt entstehen würden:

- a) für die Nutzung bis 3,5 to
- b) für die unbegrenzte Nutzung
- c) für eine Ampelkreuzung, für den Fall, dass die Verbindungsstrecke nicht realisiert werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	27
Nein-Stimmen	-
Enthaltungen	3

10 .	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen; Veröffentlichung von Sitzungsterminen
------	---

Beratung:

Nach kurzer Diskussion zieht Stadtverordneter Oliver Seuss den Antrag zurück.

11 .	Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen; Vorlage der Niederschrift gem § 28 der Geschäftsordnung
------	---

Beratung:

Fraktionsvorsitzender Markus Nikleniewicz verweist auf die Geschäftsordnung, wonach die Abschriften der Niederschrift der Stadtverordnetenversammlung und der Ausschüsse bereits am Tage nach den jeweiligen Sitzungen zuzuleiten sind. Herr Nikleniewicz bemängelt, dass seit der konstituierenden Sitzung dieser Stadtverordnetenversammlung diese Vorschrift nicht beachtet worden ist. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen möchte mit diesem Antrag auf die Geschäftsordnung hinweisen und dringend um Beachtung aufrufen.

Herr Nikleniewicz beantragt die Überweisung in den Ältestenrat.

Beschluss:

Der Antrag wird in den Ältestenrat überwiesen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

12 .	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen; Einrichtung einer Frauenbeauftragten
------	--

Beratung:

Fraktionsvorsitzender Markus Nikleniewicz begründet den Antrag auf Verweis auf die Hessische Gemeindeordnung, die eindeutig eine Forderung aus der Verfassung als Auftrag an die Städte und Gemeinden stellt. Herr Nikleniewicz bemängelt, dass dieser verfassungsmäßige Auftrag bei der konstituierenden Sitzung dieser Stadtverordnetenversammlung nicht umgesetzt worden ist.

Bürgermeister Dr. Hertel trägt vor, dass seit Ausscheiden von Frau Stadträtin Karmar diese Stelle nicht mehr besetzt werden konnte. Bei jeder Dienst- oder Personalversammlung sei auf die vakante Stelle hingewiesen worden und um Interesse geworben worden. Der Bürgermeister gibt zu bedenken, dass man für dieses Amt auch niemanden zwingen kann.

Nach kurzer Diskussion lässt Stadtverordnetenvorsteher Lutz Sierach über den Antrag abstimmen.

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, die Einrichtung einer Frauenbeauftragten gemäß § 4 b der Hessischen Gemeindeordnung voranzutreiben.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 3
Nein-Stimmen: -
Enthaltungen: 27

13 .	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen; Verlängerung der Redezeit
-------------	---

Beratung:

Stadtverordneter Oliver Seuss zieht den Antrag, nachdem sein Fraktionskollege aus dem Ältestenrat ihm die Haltung der anderen Fraktionen mitgeteilt habe, den Antrag zurück. Ihm wäre ohnehin keine Aussicht auf Erfolg beschieden

14 .	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen; Visionäre Entwicklungsstudie der Stadt Niddatal
-------------	---

Beratung:

Stadtverordneter Oliver Seuss begründet den Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen damit, dass es seit Jahrzehnten keine Struktur in der städtebaulichen Entwicklung gibt. Es fehlt ihm an einer Erfassung von potentiellen innerstädtischen Flächenressourcen, noch gibt es ein Konzept für eine flächenschonende, infrastrukturell nachhaltige und ökologisch und ökonomisch ansprechende Entwicklung in den Stadtteilen.

Nach kurzer Diskussion beantragt Herr Seuss die Überweisung zunächst in den Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt und Bauwesen.

Beschluss:

Der Antrag wird zur Beratung in den Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt und Bauwesen überwiesen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

15 .	Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen; Homepage der Stadt Niddatal
-------------	--

Bürgermeister Dr. Hertel gibt die nachfolgenden Antworten.

Frage 1:

Wer pflegt die Homepage, wieviel Stunden sind dafür angesetzt und welche Kosten entstehen?

Antwort:

Die Homepage wird durch eigenes Personal gepflegt. Der zeitliche Aufwand ist abhängig von der Arbeitssituation in dem Fachbereich und dem jeweiligen Input (Apo-

thekendienst, Ortskartell, Eventkalender, News etc.), durchschnittlich ca. 2 – 3 Stunden. Es entstehen keine Fremdkosten.

Frage 2:

Warum erhält eine private Beratungs- und BeteiligungsgmbH einen Menüpunkt und wieviel Einnahmen werden dadurch generiert?

Wenn keine Einnahmen durch die Werbung für eine Beratungs- und BeteiligungsgmbH erzielt werden sollten, warum ist das so?

Antwort:

Gemeint ist wohl der Hinweis auf die Kontaktdaten von inter pares „Leben und Wohnen im Haus Taunusblick in Niddatal“.

Weil wir damit auf eine Infrastruktureinrichtung hier in Niddatal hinweisen wollen.

Es werden keine Einnahmen dadurch generiert. Das war nie Gegenstand der Überlegungen.

Frage 3:

Die letzte veröffentlichte Niederschrift zum Beispiel aus dem Ausschuss für Stadtplanung, Bauwesen und Umwelt stammt aus dem Jahr 2013. Warum werden die aktuellen Niederschriften nicht veröffentlicht?

Antwort:

Wir sind gerade im Begriff, die Homepage neu zu gestalten. Gerade der Sitzungsdienst in Verbindung mit unserem einzuführenden Ratsinformationssystem wird grundlegend neu gestaltet. Deshalb sehen Sie da auch einige Baustellen-Zeichen. In Zusammenarbeit mit dem Provider unserer Homepage ist schon ein neues Konzept über den Internet-Auftritt besprochen worden. Auf der Basis dieser Grobkonzeption wird nun ein Angebot unterbreitet.

16 .	Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen; laufende Kosten wegen Nichtvorhandensein von Flüchtlingen
-------------	--

Bürgermeister gibt die nachstehenden Antworten:

Frage 1:

Sind die veröffentlichten Angaben der Wetterauer Zeitung korrekt wiedergegeben?

Antwort:

Ja

Frage 2:

Seit dem 09.03.2016 wissen wir aus den Medien, dass die Hauptflüchtlingsroute, die sogenannte „Balkanroute“ dicht ist. Wann sind die Mietverträge ratifiziert worden?

Antwort:

Es handelt sich um insgesamt acht Mietverträge. Diese sind wie folgt abgeschlossen worden:

Sept. 2015,
Jan. 2016,
Febr. 2016,
April 2016,
April 2016
April 2016,
April 2016,
Mai 2016

Frage 3:

Zu welchen Konditionen?

Antwort:

3.500 € + Betriebskosten,
1.000 € + Betriebskosten,
2.000 € + 500 € Betriebskosten
850 € + Betriebskosten,
1.250 € + 400 Betriebskosten
1.200 € + Betriebskosten,
1.880 € + Betriebskosten,
2.850 € + Betriebskosten,

Frage 4:

Mit welchen Kündigungsfristen?

Antwort:

5 Jahre
5 Jahre
5 Jahre
5 Jahre
1 Jahr
5 Jahre
3 Jahre
5 Jahre

Frage 5:

In welchen Stadtteilen wurden Mietverträge abgeschlossen?

Antwort:

Bönstadt,
Ilbenstadt,
Assenheim,
Ilbenstadt,
Ilbenstadt,
Ilbenstadt,
Kaichen,
Assenheim

17 .	Anfrage der Fraktion Bündnis 90 /Die Grünen; Bepflanzung "Auf dem Schorn", Bönstadt
------	--

Bürgermeister gibt folgende Antworten:

Frage 1:

Wie viele Anfragen gab es bisher?

Antwort:

Bisher gab es eine Anfrage.

Frage 2:

Ist die Anzahl der Anfragen abhängig von der Verortung in den entsprechenden Medien?

Antwort:

Da uns bisher nur eine Anfrage vorliegt ist es uns nicht möglich eine Einschätzung abzugeben ob zwischen der Anzahl der Anfragen und der Verortung der Information in den Medien ein Zusammenhang besteht.

Frage 3:

Am 19.05.2016 ist auf der Homepage keine Bekanntmachung zur Bepflanzung auffindbar. Die Eingabe von den Suchbegriffen „Schorn“ und „Bepflanzung“ bringt keine weiterführenden Ergebnisse.

Antwort:

Da es sich hier um eine Feststellung und keine Frage handelt, erspare ich mir an dieser Stelle die Richtigstellung der Aussage.

Frage 4:

Ist der Verwaltung die ökologische Bedeutung dieser Maßnahme bewusst?

Antwort:

Ob die ökologische Bedeutung dieser Maßnahme all unseren Verwaltungsmitarbeitern und Mitarbeiterinnen bewusst ist entzieht sich meiner Kenntnis. Ich kann aber mit Sicherheit sagen, dass bei einigen ein fundiertes Wissen über die Wertigkeit einer solchen Maßnahme vorliegt.

Frage 5:

Wieso wird die Zuweisung für die Mitglieder der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen derartig verschleppt?

Antwort:

Es war und ist nicht unsere Absicht die Zuweisung zu verschleppen. Der Grund warum bisher noch keine Zuweisung erfolgt ist liegt darin, dass wir eine Pflanzmaßnahme im Herbst als sinnvoller erachten als eine im Frühjahr.

18 .	gemeinsame Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke; Zeitplan Haushalt 2017
------	---

Bürgermeister antwortet wie folgt:

Frage:

Wie ist der aktuelle Zeitplan für die Erstellung des Haushaltes 2017 und die Behandlung des Haushaltes in den Gremien?

Antwort:

*Die Einbringung des Haushaltes 2016 ist für die Oktober Sitzung geplant.
Die notwendigen Haushaltsberatungen können dann im November stattfinden, und die Verabschiedung des Haushaltes kann in der Dezembersitzung erfolgen.
Der geplante Ablauf wird sich um einen Monat nach hinten verschieben, wenn für das Jahr 2016 ein Nachtragshaushalt erforderlich werden sollte.*

gez. Lutz Sierach
Stadtverordnetenvorsteher

Volker Herrmann
Schriftführung

Niddatal, den 29.06.2016